

Pressemitteilung
7. Juli 2008

G8-Gipfel:

Deutscher Bundestag
JKH 3.627
11011 Berlin

Tel.: (030) 227 53848
Fax: (030) 227 56927
presse.bayern
@spdfraktion.de

Gentechnik und Nahrungsmittelhilfen sind der falsche Weg

"Es ist begrüßenswert, dass im Rahmen des G8-Gipfeltreffens die derzeitige Nahrungsmittelkrise thematisiert wird. Allerdings werden in den Diskussionen vermeintliche Lösungswege aufgezeigt, die in die völlig falsche Richtung führen", bemängelt die agrarpolitische Sprecherin der SPD-Landesgruppe Bayern, **Marianne Schieder**. Es sei ein Irrglaube, dass mit der von Bundeskanzlerin Angela Merkel favorisierten Gentechnik Hunger bekämpft werden könne. Langfristig führe diese Technik nur zu neuen Abhängigkeiten und einer weiteren Verteuerung der Lebensmittel.

Erschreckend sei auch der Vorschlag aus Frankreich, den Hunger mit Nahrungsmittelüberschüssen aus den Industriestaaten zu bekämpfen. "Damit werden nur die letzten funktionierenden Marktstrukturen in den armen Ländern zerstört und die Industrienationen sparen sich die Kosten, ihre Überproduktion in den Griff zu bekommen", protestiert die SPD-Bundestagsabgeordnete. Wenn es einer schnellen Hilfe für die ärmsten Länder bedarf, so bräuchten sie finanzielle Mittel, so dass sie Lebensmittel bedarfsorientiert zukaufen könnten.

Wenn der Hunger in der Welt ernsthaft bekämpft werden soll, müsse in erster Linie die Lebensmittelproduktion vor Ort gestärkt werden. Es müsse gelingen, dass soviel wie möglich dort produziert werde, wo Menschen Lebensmittel brauchen. "Mehr Menschen müssen wieder Anteil an der Produktion und Zugang zu den dafür erforderlichen Ressourcen haben. Außerdem braucht es einen Wissenstransfer, um bereits verloren gegangenes Know-how für eine regional angepasste Landwirtschaft wieder zugänglich zu machen und so zur nachhaltigen Sicherung der Ernährung beizutragen", fordert Marianne Schieder.

Es dürfe nicht länger hingenommen werden, dass rund 75 Prozent der Hungernden auf dem Land zu finden sind und durch unüberlegte Nahrungsmittelhilfen weiterhin in Armut leben müssen. Wenn die Nahrungsmittelkrise beseitigt werden soll, brauche es vor allem gerechtere Strukturen. "Wir müssen den ärmsten Ländern das gleiche Recht einräumen, das sich die Industrienationen seit Jahrzehnten herausgenommen haben: die heimische Landwirtschaft vor negativen Einflüssen des Weltmarktes zu schützen, um die Ernährung der eigenen Bevölkerung so weit wie möglich abzusichern", so die Abgeordnete aus dem Wahlkreis Schwandorf-Cham.